



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Arif Tasdelen, Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Nata-scha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Kathi Petersen** und Fraktion (SPD)

Keine Abschiebungen nach Afghanistan – Abschaffung von Kettenduldungen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf der Innenministerkonferenz am 12. Dezember 2014 in Köln dafür einzusetzen, dass ein Abschiebestopp nach Afghanistan vereinbart wird und Menschen, die schon längere Zeit geduldet sind, ein dauerhaftes Bleiberecht erhalten.

Begründung:

Die Lage in Afghanistan ist angesichts der Ereignisse in anderen Ländern wie Syrien und dem Irak etwas aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit und auch der Politik geraten. Die Innenminister der Bundesländer und des Bundes werden sich jedoch bei ihrer Konferenz am 12. Dezember 2014 in Köln mit der Situation in Afghanistan und insbesondere der Frage von Abschiebungen auseinandersetzen.

Die Lage in Afghanistan hat sich trotz des bevorstehenden Truppenabzugs der NATO im Dezember keineswegs beruhigt. So stellte der stellvertretende Isaf-Kommandeur, Generalleutnant Carsten Jacobson, in einem Interview mit der FAZ Anfang November 2014 fest, dass nach wie vor von einem Kriegszustand gesprochen werden müsse. Die Aufständischen seien zurzeit zwar einigermaßen unter Kontrolle der afghanischen Sicherheitskräfte, allerdings gelangen ihnen immer wieder öffentlichkeitswirksame Anschläge, v. a. in Kabul. Das Land ist nach wie vor weit von einem geordneten Zustand und sicheren Zukunftsperspektiven entfernt. Vor diesem Hintergrund muss ein bundesweiter Abschiebestopp verhängt werden und Menschen, die bereits längere Zeit geduldet werden, ein dauerhaftes Bleiberecht erteilt werden.

Aus humanitären Gründen müssen Abschiebungen nach Afghanistan, zumindest für einen Übergang von sechs Monaten, unterlassen werden. In ganz Deutschland droht rund 4.160 Menschen die Abschiebung, wenn die Innenministerkonferenz die Situation in Afghanistan entsprechend einstufen würde. Im Freistaat wären 980 Menschen betroffen. Viele von diesen Menschen sind bereits seit Jahren in Deutschland und erhalten eine Duldung nach der anderen – sind also von einer so genannten Kettenduldung betroffen. Dieses Verfahren und die damit verbundene Unsicherheit ist u.E. – gerade auch angesichts des Beitrags dieser Menschen für die deutsche und bayerische Gesellschaft und Wirtschaft – nicht nachzuvollziehen. Der Ministerpräsident sollte den Beitrag von Flüchtlingen und Asylsuchenden zur Beseitigung des Fachkräftemangels nicht nur in Sonntagsreden vor der bayerischen Wirtschaft würdigen, sondern sich dafür tatkräftig einsetzen, dass diese Menschen eine dauerhafte Perspektive in Deutschland und in Bayern erhalten.